

Digitalisierung bleibt wichtiges Thema

[15.05.2019] Als wichtigstes Zukunftsthema nennen die für das OB-Barometer 2019 befragten Stadtoberhäupter die Digitalisierung. Sie liegt nach der Schaffung bezahlbaren Wohnraums sowie der Mobilität auf Rang drei der aktuellen Top-Themen in den Kommunen.

Die Digitalisierung zählt hierzulande zu den drei Top-Themen auf der Agenda der Oberbürgermeister. Das ist ein Ergebnis des OB-Barometers 2019 vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), eine vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützte Befragung. Wie das Difu und der Deutsche Städtetag mitteilen, umfassen die Digitalisierungsbestrebungen in den Kommunen Aspekte wie den Breitband-Ausbau, das E-Government oder die Smart City. „Die Stadtspitzen wissen, dass die Digitalisierung zunehmend alle Lebensbereiche und damit auch kommunale Aufgabenfelder durchdringt“, sagt Difu-Geschäftsführer Busso Grabow. „Damit ist die Herausforderung verbunden, die neuen Informationstechnologien aktiv zur Gestaltung lebenswerter und nachhaltiger Städte einzusetzen.“ Für das OB-Barometer werden seit dem Jahr 2015 die (Ober-)Bürgermeister deutscher Städte ab 50.000 Einwohnern zu aktuellen und künftigen Aufgabenschwerpunkten befragt. Laut der gemeinsamen Pressemitteilung des Difu und des Deutschen Städtetags benennen die befragten Stadtspitzen dafür die aktuell wichtigsten Aufgabenfelder der eigenen Stadt, prognostizieren künftige Prioritätensetzungen und bewerten, inwiefern sich kommunale Rahmenbedingungen in verschiedenen Bereichen ändern müssen. Thema Nummer eins ist in diesem Jahr die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, Platz zwei belegt das Thema Mobilität vor der Digitalisierung auf Platz drei. Bereits im vergangenen Jahr wurden Mobilität und Digitalisierung von den Stadtoberhäuptern als wichtigste Themen genannt ([wir berichteten](#)).

(ve)

Weitere Informationen zum OB-Barometer 2019

Stichwörter: Politik, OB-Barometer 2019, Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund